

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Mai 2021

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

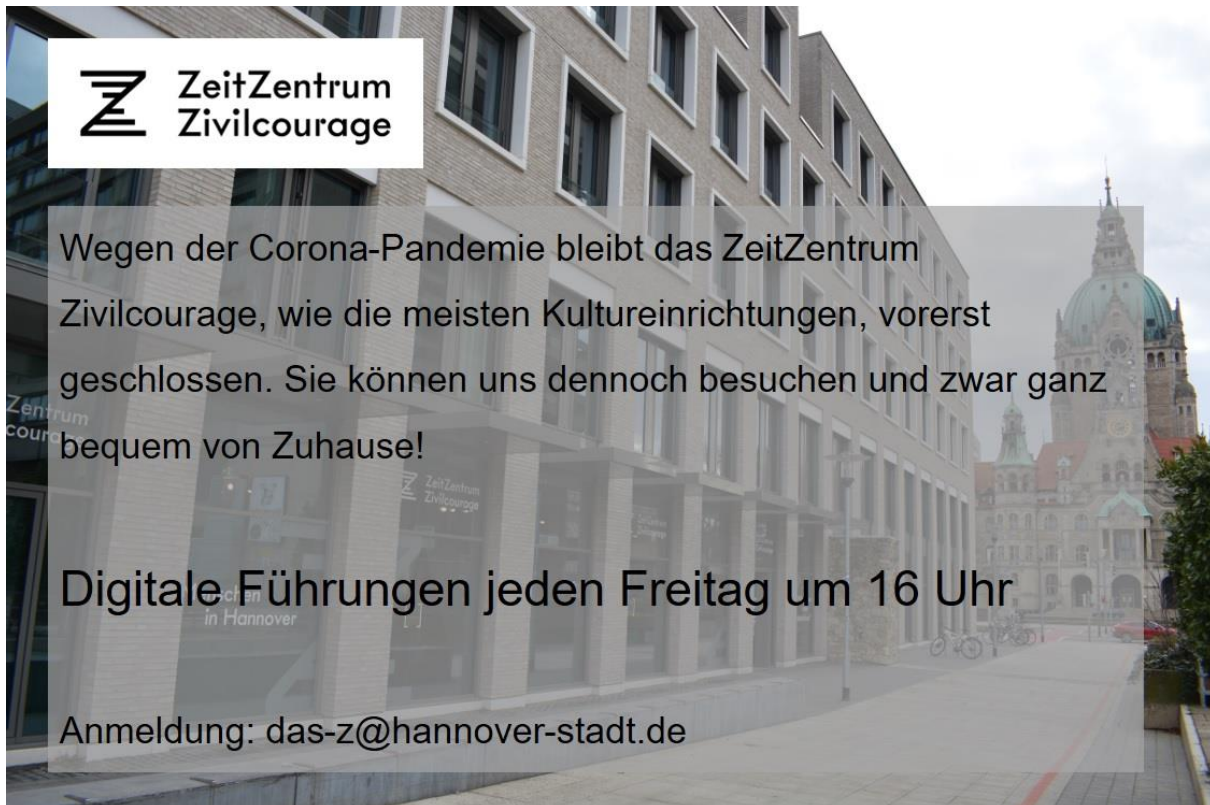
der Artikel im letzten Newsletter zum Umgang mit Rassismus und Kolonialismus sollte zur Debatte anregen. Er tat es. Auch wenn in der durch die HAZ-Artikel organisierten städtischen und regionalen Öffentlichkeit unsere Initiative verschwiegen blieb, so ist eine nötige Diskussion angeschoben worden. In dieser geht es jenseits einer Polemik, die manchmal nötig ist aber keineswegs auf Dauer gestellt sein soll, um Erklärung von Standpunkten und Argumenten. Auch und gerade um das Bemühen einer Verständigung durch Erörterung von Sachen. Dies Medium möchte dazu beitragen. Eine Buchrezension über koloniale „Vergangenheit und Rassismus heute“ soll zum Lesen anregen. Zwei ausführliche Stellungnahmen zur „Bley-Debatte“ und zum im vorletzten Newsletter thematisierten „Gedächtnistheater“ setzen das schriftliche Gespräch fort. Wir sind bemüht, eine Gesprächsrunde zu organisieren, in der unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen, in der ein Austausch um wichtige Fragen von kolonialer und nationalsozialistischer Vergangenheitspolitik und ihren Folgen stattfinden kann, in der auch über wichtige Bücher und Artikel zu reden sein wird. Dass wir uns ganz zaghaft und allmählich wieder an weniger beschränkte Kontakte und Formen des Diskurses herantasten können, hoffen wir wohl alle. Möge dann im Herbst und Winter die durch Corona unterbrochene vielfältige Veranstaltungskultur wieder aufleben.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Veranstaltungen im Juni 2021**
- **Berichte:**
 - **Erklärung des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem**
 - **Zum Gedenken an der Scheune**
 - **Pressemitteilung der VVN-BdA**
 - **40 Jahre DGB-Chor Hannover**
 - **Ratgeber zum Umgang mit rechter Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen**
 - **Stolpersteine in Hameln – ein Buch**
- **Debatte:**

- **Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute – eine Buchrezension**
- **Cancel Culture und notwendige Debatte, von Ralf Buchterkirchen**
- **Gedenken im Täterland, von Liam Harrold**



Späte Strafverfahren gegen NS-Täter

Vortrag von Dr. Jens Lehmann

Sonntag, 6. Juni 2021, 15 Uhr

Im Jahre 2015 verhandelte das Landgericht Lüneburg gegen den seinerzeit 93 Jahre alten Oskar Gröning, einen ehemaligen Angehörigen der SS. Man legte ihm zur Last, 1944 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen geleistet zu haben. Jahrzehnte nach der Tat war die Arbeit der Verfolgungsbehörden schwierig. Sie erstreckte sich auf rechtliche, geschichtliche und medizinische Aspekte. Überlebende und ihre Angehörigen sollten die Möglichkeit erhalten, sich vor einem deutschen Gericht zu äußern. Das Alter der Beteiligten, aber auch das Interesse der internationalen Medien war zu bedenken. Der Bundesgerichtshof bestätigte später, dass die Arbeit Oskar Grönings als „Rädchen im Getriebe“ eine Förderung der massenhaften Tötungen darstellte.

Dr. Jens Lehmann war der federführende Staatsanwalt im Prozess gegen Oskar Gröning, genannt der „Buchhalter von Auschwitz“. Er steht seit 1998 im Justizdienst des Landes Niedersachsen. 2001 wurde er zum Staatsanwalt in Hannover, 2016 zum Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle ernannt. In den vergangenen Jahren hat der Jurist mehrfach gegen mutmaßliche NS-Täter ermittelt. Sie wurden unter anderem den Besatzungen der Lager Auschwitz, Stutthof und Groß-Rosen zugeordnet. Weiteren Beschuldigten warf man vor, sich an den Massakern von Ascq und Babyn Jar beteiligt zu haben. Einer Anklage standen aber stets Beweisschwierigkeiten, rechtliche Hindernisse oder Verhandlungsunfähigkeit entgegen. Dr. Lehmann ist Lehrbeauftragter der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover und der Universität Osnabrück sowie Autor diverser Veröffentlichungen.

Ort: Gedenkstätte Ahlem Heisterbergallee 10, 30453 Hannover

Veranstalterin: Region Hannover, Gedenkstätte Ahlem

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort** stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

Internationales Festival für darstellende Kunst und Musikgeschichte „Jüdische Komponisten mit deutschem Hintergrund“

Dienstag, 15. Juni 2021

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R., die Jüdische Gemeinde Hannover und die Konzertdirektion „Neue Sterne Classical Artists“ präsentieren neue Konzertreihe im Rahmen des Internationalen Festivals für darstellende Kunst und Musikgeschichte. Die Konzerte werden auf den Internetseiten des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R. www.lvjgnds.de und der Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. www.jg-hannover.de ausgestrahlt. Dieses Projekt ist ein Teil der Veranstaltungsreihe anlässlich der 1700 Jahre Judentum in Deutschland.

Bitte merken Sie sich folgende Termine: 15. Juli, 15. August, 19. September 15. Oktober 2021

Alle Infos unter www.lvjgnds.de

**Gedenken an die Besetzung Polens und an den Vernichtungskrieg in Osteuropa
Eine Podiumsdiskussion mit Prof. Wolfgang Benz, Prof. Stephan Lehnstaedt und Emilie Mansfeld**

Donnerstag, 17 Juni 2021, 19 Uhr

Der Deutsche Bundestag hat im Herbst 2020 ein Dokumentationszentrum zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa im Zweiten Weltkrieg und außerdem die Errichtung eines Gedenkortes in Berlin für die polnischen Opfer beschlossen. Die Anregung folgt der Erkenntnis, dass es eines monumentalen Zeichens bedarf, das aber durch einen Ort des Lernens, der kognitiven Auseinandersetzung, begleitet wird. Die vergleichende Perspektive führt die gemeinsamen Ziele deutscher Okkupation zwischen den Pyrenäen und dem Ural vor Augen und macht auf die rassistisch motivierten Unterschiede der Behandlung der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter auf den Territorien unter deutscher Herrschaft aufmerksam. Einen Ort, an dem nationalsozialistische Herrschaft und deren Folgen in allen okkupierten Territorien Europas dargestellt wird, gibt es noch nicht. Diskutiert wird über das erinnerungskulturelle und didaktische Ziel hinaus, auch ein politisches Zeichen für ein geeintes Europa zu setzen. Der Bundestag hat sich für eine Kombination aus Denkmal und Dokumentationszentrum entschieden, aber die konkrete Umsetzung ist noch unklar. Kritikerinnen und Kritiker eines eigenen „Polendenkmals“ verweisen auf die Gefahr einer „Nationalisierung“ des Gedenkens.

Professor Wolfgang Benz lehrte von 1990 bis 2011 an der Technischen Universität Berlin und leitete dort das Zentrum für Antisemitismusforschung. Stephan Lehnstaedt ist Professor für Holocaust-Studien und Jüdische Studien am Touro College Berlin. Emilie Mansfeld ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Polen-Instituts und Projektkoordinatorin „Polendenkmal“ im Berliner Büro des Instituts.

Ort: Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest

Veranstalterin: Region Hannover, Gedenkstätte Ahlem

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort** stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Dienstag, 22. Juni 2021, 19.41 Uhr

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann der Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion. Daraus entwickelte sich schnell ein beispielloser Vernichtungskrieg, dem bis 1945 in der Sowjetunion über 25 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Aus diesem Anlass lädt das Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ am 22.06.2021 zu einer Online-Veranstaltung ein. Dietmar Buchholz, Vorstandsmitglied von Bad Nenndorf ist bunt, wird eingangs eine historische Einordnung des damaligen Geschehens vornehmen. Anschließend wird Katja Seybold, die in der Gedenkstätte Bergen-Belsen für das Thema Kriegsgefangene verantwortlich ist, ihre Überlegungen zu Erinnerung und Erinnerungskultur im Blick auf die sowjetischen Kriegsgefangenen am Beispiel von Bergen-Belsen vortragen. Als dritter Referent

wird Karljosef Kreter, der ehemalige Leiter des Projekts „Städtische Erinnerungskultur“ der Landeshauptstadt Hannover, über Lücken in unserer Erinnerungskultur sprechen. In einem zweiten Teil der Veranstaltung können sich die Zuhörerinnen und Zuhörer mit ihren Fragen und Diskussionsbeiträgen einbringen.

Angesichts dieses wichtigen Themas, das in den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland bis heute nicht wirklich aufgearbeitet ist, rechnen wir mit einer spannenden Veranstaltung, die hoffentlich viele Anstöße zu neuen Einsichten und Erkenntnissen geben wird. Dabei gilt wie immer: Neonazis, Mitglieder rechtsradikaler Organisationen und deren Anhänger:innen haben zu dieser Veranstaltung keinen Zutritt!

Ort: Online; Anmeldung unter vorsitz@bad-nenndorf-ist-bunt.de

QAnon & Co. - Verschwörungsdanken in Zeiten von Corona

Vortrag und Diskussion

Freitag, 25. Juni 2021, 19 Uhr

In Zeiten von Corona wird in vielen Zusammenhängen offenbar (und bis in die Familien und Freundeskreise erlebbar), wie Zweifel und Skepsis für Verschwörungstheorien empfänglich machen. Verschwörungstheorien formen sich zudem zu Verschwörungserzählungen, die Deutungen für das gesamte Weltgeschehen bereit zu halten scheinen. Eines der prominentesten Beispiele für die unübersichtliche Welt des grassierenden Verschwörungsdankens ist die Verschwörungsbewegung QAnon. Anhand der Verschwörungswelt von QAnon soll beispielhaft eingetaucht werden in die Welt der Verschwörungstheorien, -erzählungen und des Verschwörungsdankens.

Ausgehend von den USA hat sich QAnon zu einer globalen Verschwörungsbewegung mit einer wachsenden Anhängerschaft auch in Deutschland entwickelt, die sich in den sozialen Netzwerken wie auf Anti-Corona- und sog. „Querdenker“-Demonstrationen zeigt. Ein anonymer Hinweisgeber mit angeblichem Zugang zu sicherheitsrelevanten Informationen veröffentlicht unter dem Pseudonym „Q“ Hinweise auf eine weltweite Verschwörung, die von vielen Anhängern ausgedeutet und weitergesponnen werden.

Im Verschwörungskosmos von QAnon geht es um düstere Untergangsszenarien und Erlösungsfantasien. Mit anderen Worten: Es geht um „alles oder nichts“ – womit einer Radikalisierung bis hin zur Gewaltbereitschaft Tür und Tor geöffnet sind. Dabei wird die Corona-Pandemie selbst geleugnet und als fabrizierter Vorwand für globale Eliten und den „tiefen Staat“ ausgegeben. Diese wollten damit (bestenfalls nur) die Demokratie und Bürgerrechte aushebeln.

Hiermit sind auch bereits wesentliche Funktionen von Verschwörungstheorien benannt: Sie dienen der „Vereindeutigung“ einer (zunehmend) komplexen Welt und kommen damit einem zutiefst menschlichen Bedürfnis nach Orientierung entgegen. Sie halten vermeintlich geheimes „Wissen“ über eine häufig schwer verständliche Welt bereit, sie machen einen unbedingten

Wahrheitsanspruch geltend und klären gleichzeitig Fragen von Verantwortung und Schuld in einer Schwarz-weiß-Logik, die keine Zwischentöne zulässt.

Ort: Online. Diese Veranstaltung wird als Online-Veranstaltung durchgeführt. Bei Interesse melden Sie sich bitte bis zum 24.6.2021 unter info@antikriegshaus.de mit dem Betreff: Teilnahme Veranstaltung 25.6.21 Sie erhalten dann spätestens am Tag der Veranstaltung einen Zoom-Link bzw. die Zoom-Zugangsdaten. Bei Fragen wenden Sie sich bitte gerne an uns.

Veranstalter: Antikriegshaus Sievershausen

Elvin Hülser

„Probelauf“ für den Holocaust: Das kurze Leben von Hans Rosenbaum in den Rotenburger Anstalten der Inneren Mission

Vortrag von Dr. Anke Sawahn

Sonntag, 27. Juni 2021, 15 Uhr

Hans Rosenbaum wurde 1920 in Hannover geboren und wurde 1940 ermordet. Er war der Sohn jüdischer Eltern und der ältere Bruder von Henny Rosenbaum (1925 – 2017). Das Leben der Schwester ist in der Gedenkstätte Ahlem gut dokumentiert. Sie gehörte zu den wenigen Überlebenden der nach Riga deportierten jüdischen Frauen. Aber das Schicksal von Hans Rosenbaum war nahezu unbekannt. Für ihn liegt sowohl in Hannover als auch in Rotenburg (Wümme) je ein Stolperstein. Denn elf Jahre seines kurzen Lebens verbrachte er in den evangelischen Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, gegründet 1880 als „Asyl für Epileptische und Idioten“. 1930 nannten sie sich „Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische, Geistesschwache und -kranke“. Hans Rosenbaum war geistig und vermutlich auch körperlich behindert. Er kam 1929 nach Rotenburg. Seine Patientenakte blieb nur teilweise erhalten. Seit August 1941 beteiligte sich auch die dortige Anstalt an der „Aktion T4“ (benannt nach der Adresse der verantwortlichen Zentraldienststelle in Berlin, Tiergartenstraße 4). Sie wurde beschönigend „Euthanasie“, altgriechisch für „der leichte Tod“, genannt. Ein Euphemismus für die systematischen Krankenmorde in der NS-Zeit als Teil der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“. Eines der Opfer war Hans Rosenbaum. Dr. Anke Sawahn arbeitet freiberuflich als Historikerin und Germanistin. Sie hat an den Mahnmalen für die ermordeten jüdischen Menschen aus Hannover, in der Ohestraße und am Opernplatz, mitgearbeitet.

Ort: Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergallee 10, 30453 Hannover.

Veranstalterin: Region Hannover, Gedenkstätte Ahlem

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort** stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

Mittwochsgespräche

Mittwoch, 7. Juli 2021 18.30 Uhr

Anlässlich der bundesweiten Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ startet der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen das Projekt „Mittwochsgespräche“. Die Mittwochsgespräche decken verschiedene Aspekte und Themen des jüdischen Lebens in Deutschland ab: Jüdische Geschichte, Themen aus Kunst und Musik u.a. Hochrangige Gäste aus allen Teilen der Gesellschaft lassen uns ihre Meinungen zu diesen interessanten Themen erfahren, selbstverständlich mit musikalischer Begleitung renommierter jüdischer Künstler und Künstlerinnen

Ort: Alle Infos unter www.lvjgnds.de

Weiterer Termin: Mittwoch, 13. Oktober 2021

Berichte

Erklärung des Vorstands des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem e. V.

Wir hören in diesen Tagen von Ausfällen und Schmähungen in unserem Land gegen Jüdinnen und Juden. Davon sind wir tief betroffen. Sie stellen nicht zuletzt die Wirkung unserer Erinnerungskultur infrage, die dazu dienen soll, den unschätzbaren jüdischen Beitrag zu unserer Gesellschaft in Gegenwart und Vergangenheit im Bewusstsein zu halten, den Judenhass für immer zu beseitigen und eine Wiederholung des von den Deutschen an den Juden verübten Völkermords auszuschließen.

Der Förderverein steht fest an der Seite der jüdischen Bürger, Bewohner und Besucher unseres Landes. Er fordert die konsequente Härte des Rechtsstaats gegen alle, die Leben, Leib und Ansehen dieser Menschen bedrohen, und erwartet von unseren nichtjüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dieselbe entschiedene Haltung. Nicht weniger nachdrücklich ruft der Förderverein zur Solidarität mit Israel auf, dem Staat, den die von dem Antisemitismus in aller Welt vertriebenen Jüdinnen und Juden gegründet haben und der ihnen noch heute einen Zufluchtsort bietet.

Der Vorstand des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem

Aus Burgwedel erreichte uns dieser Bericht zum „Gedenken an der Scheune“

Gedenken findet im kleinen Kreis statt

Bürgerinitiative Gegen das Vergessen setzt auch in Corona-Zeiten ein Zeichen gegen Rassismus.

Im noch vorfrühlingshaft kahlen Busch neben der Pestalozzi-Scheune in Großburgwedel blüht es. Weiße, rote, gelbe und rosa Rosen und Tulpen sind es, die dort um die Wette leuchten. Erinnerungsblumen, die wie in dem Lied „Freunde, dass der Mandelzweig wieder blüht und treibt“ künden von vergangener Gräueltat und gegenwärtiger Hoffnung. Sie erzählen von Menschen, die dem Nazi-Regime in Großburgwedel zum Opfer fielen. Von der Mahnung, all das nicht zu vergessen, auf dass es sich nicht wiederhole. Und von der Hoffnung, dass so etwas nie wieder geschehen möge.

Mehr als 20 KZ-Häftlinge sterben.

Gedenken und mahnen, das ist wichtig. Trotz Corona-Pandemie. Und so hat die Bürgerinitiative Gegen das Vergessen am Sonnabend im ganz kleinen Kreis statt mit großer Öffentlichkeit der rund 20 KZ-Häftlinge gedacht, die auf dem Todesmarsch von Hannover nach Bergen-Belsen in der Osterwoche im Jahr 1945 an der Scheune, also direkt vor den Türen der Burgwedeler, erschossen wurden. Erschossen, „weil sie hofften, sich im Schutze der Nacht ein Stück Brot vom Verpflegungswagen nehmen zu können, um ihren quälenden Hunger zu stillen“. Verscharrt am Wegesrand, vergessen in der Scheune: Die Einzelheiten, die Organisator Rudolf Gutte mit Verweis auf Zeitzeugen vortrug, tun richtig weh. Auch nach 76 Jahren.

Bernschein: Aufmerksam sein.

„Das hier ist ein authentischer Tatort des nationalsozialistischen Unrechts“, sagte Sebastian Bernschein, Vorstand der Pestalozzi-Stiftung bewegt. Und damit für alle Mitarbeiter der Pestalozzi-Stiftung ein ganz besonderer Erinnerungsort, dessen Bedeutung man sich täglich neu bewusst machen müsse. „Auch wenn die Ermordung der Menschen nicht durch die Stiftung geschah, sie geschah auf unserem Gelände. Auf dem Gelände einer Einrichtung, die sich der Fürsorge für Menschen verpflichtet hat.“ Deshalb gelte es, besonders aufmerksam zu sein und gesellschaftlichen Tendenzen, „die zwischen ‚wir und die‘ trennen wollen“, entgegen zu treten. Mit gebührendem Abstand und Masken postierten sich Günther Krüger und seine Frau Mechthild an der Scheune. Warum sie an diesem kalten Morgen mit Regen und Hagel und trotz Corona-Pandemie gekommen sind? Um Haltung zu zeigen gegen rechts, gegen Rassismus und Nationalismus. Das sei gerade heutzutage wichtiger denn je, sagte Günther Krüger. „Seit 2014 sind wir bei dem Bußgang dabei, den Pfarrer Albrecht Przyrembel 1981 ins Leben gerufen hat. Der führt vom ehemaligen KZ-Außenlager Hannover-Mühlenberg bis nach Bergen-Belsen. Auch heute werden wir beide privat zumindest bis Fuhrberg gehen, und dann schauen wir weiter“, sagte der Burgwedeler und steckte vorsichtig eine Blüte in den Busch.

Rassismus heute noch präsent.

Wolfgang Schwenzer hat die Organisation des etwa 70 Kilometer langen Erinnerungsbußganges Bergen-Belsen nach dem Tode Przyrembels übernommen. Ein gemeinsamer Marsch war 2021 wegen der Inzidenzzahlen nicht infrage gekommen, deswegen hatte er zu einem Onlinebußgang aufgerufen. Auch für ihn ist das Gedenken an die Opfer vom April 1945 nicht von der Gefahr zu trennen, die von weiterhin präsenter rassistischer Ideologie ausgeht. „200 bis 250 Menschen sind deshalb seit 1990 in Deutschland ermordet worden, die Dunkelziffer

nicht mit betrachtet", sagte er bei der Gedenkstunde und fügte hinzu: „Deshalb müssen wir die Erinnerung wachhalten und mit Menschen ins Gespräch kommen.“

Aufruf zu Gedenkbesuch

Die Erinnerung wachhalten: Dazu ruft auch Rudolf Gutte weiterhin seine Mitbürger auf. Wer möchte, solle die Scheune doch im Laufe der nächsten Tage oder Wochen besuchen und selbst ebenfalls eine Blume in den Busch stecken. Um damit den universellen Werten von Freiheit, Gleichheit, Menschlichkeit und Frieden Gehör zu verschaffen. „Demokratie erhält sich nicht von allein. Die ermordeten Opfer der NS-Gewaltherrschaft mahnen uns: ‚Vergesst unser Schicksal nicht‘“, sagte Gutte.

Sandra Köhler

Von unserm Mitglied Reinhold Weismann-Kieser (VVN-BdA) erreichte uns folgende Pressemitteilung:

Pressemitteilung: Antifaschismus ist und bleibt gemeinnützig – starkes Zeichen gegen die Wertung des bayerischen Verfassungsschutzes!

Gestern erreichte uns der Bescheid des Finanzamts für Körperschaften 1, mit dem es unserem Einspruch gegen die Bescheide, mit denen uns die Gemeinnützigkeit für die Jahre 2016 – 2018 aberkannt hat, stattgegeben hat. Die Steuerbescheide für die Jahre 2016 und 2017 sind damit aufgehoben. Wir sind erleichtert und froh, dass das Finanzamt und die Berliner Finanzverwaltung nach eineinhalbjährigem Verfahren die Wertung des bayerischen Inlandsgeheimdienstes, wir seien „extremistisch“ als widerlegt betrachten. 1 Dazu haben wir mehrere Stellungnahmen und wesentliche Dokumente zu den Grundlagen unserer Arbeit vorgelegt, die unser Selbstverständnis als partei- und spektrenübergreifende Organisation, in der es – von Christ*innen, Sozialdemokrat*innen und Grünen über Linke und DKP zu parteilosen Mitgliedern aus unterschiedlichen Zusammenhängen – unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus gibt, darlegen.

Außerdem haben sowohl die beiden Vorsitzenden unserer inzwischen 8.000 Mitglieder zählenden Vereinigung, Cornelia Kerth und Axel Holz, als auch die Ehrenpräsidentin Esther Bejarano eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben, dass es nach ihrer Kenntnis keine „von der Vereinigung oder einer verantwortlich für sie handelnden Persönlichkeit“ ausgehende Erklärung darüber gebe, „dass sie ‚alle nicht-marxistischen Systeme – 1 Grundlage für den Entzug der Gemeinnützigkeit war § 51, Absatz 3, Satz 1 und 2, der Abgabenordnung, wo es heißt: ‚Eine Steuervergünstigung setzt zudem voraus, dass die Körperschaft nach ihrer Satzung und bei ihrer tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördert und dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwiderhandelt. 2Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.‘“also auch die parlamentarische Demokratie – als potentiell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt‘.“– wie es das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz behauptete.

Weiter wird ausgeführt: „Die Vereinigung hat die parlamentarische Demokratie und schlechthin den Gehalt unserer Nachkriegsverfassungen auf Bundes- und Länderebene als eigenständigen Selbstwert (...) verteidigt und dies als eine aus dem antifaschistischen Kampf stammende grundlegende Verpflichtung behandelt, die ein gemeinsames Auftreten von kommunistischen, sozialistischen, christlichen, liberalen und sonstigen demokratischen Antifaschisten legitimiert.“ Es ist ein gutes Gefühl, dass wir in der Auseinandersetzung um unsere Gemeinnützigkeit eine überwältigende Solidarität erleben durften: - Mehr als 100 Organisationen und Initiativen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen schickten uns Solidaritätsschreiben, die meist als öffentliche Erklärungen oder Schreiben an den Berliner und/oder den Bundesfinanzminister verfasst worden sind. - Über 2.000 Antifaschist:innen haben diesen Angriff zum Anlass genommen, sich uns als Mitglieder anzuschließen. - Eine hohe Spendenbereitschaft hat dafür gesorgt, dass wir die zunächst drohende Insolvenz nicht mehr fürchten mussten und unsere Arbeit verstärken können. Allen Spender:innen sagen wir noch einmal herzlichen Dank. - Viele unserer Mitglieder haben sich mit ihren Kontakten und ihrem Gewicht, mit eigenen Aktionen und guten Vorschlägen eingebracht so dazu beigetragen, dass unsere Petition „Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben“ von mehr als 50.000 Menschen unterzeichnet wurde. Die nun wieder erfolgte Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit für die Jahre 2016- 2018 ist ein wichtiges Zeichen für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten und für alle, die noch weiter um die Anerkennung ihrer Arbeit als gemeinnützig kämpfen müssen. In diesem Sinne fordern wir weiterhin die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und die Streichung des Paragraphen 51, Absatz 3, Satz 2! In einer Demokratie dürfen nicht Geheimdienste über die verfassungsmäßige Bandbreite der gesellschaftlichen Debatte entscheiden!

Hannah Geiger Pressereferentin VVN-BdA

Reinhold Weismann-Kieser

40 Jahre DGB Chor

Die 1. Chorprobe fand am 16. Februar 1981, auch schon im Freizeitheim Linden, statt. Im Februar 2021 besteht der DGB-Chor Hannover also seit 40 Jahren.

Auf dem Grat zwischen demokratischem Anspruch, gesellschaftlicher Wirklichkeit, Arbeitsdisziplin und Utopie schlägt sich unser Chorschiff durch die raue See unserer Zeit. Die Schräglage nach links ist gewollt, mit Kritik und Widerstand am „braunen Sumpf im Land“ halten wir nicht hinter dem Berg.

Das Repertoire des DGB-Chores Hannover ist breit, abwechslungsreich und international. Traditionelles Arbeiterliedgut wechselt sich ab mit Frühlings-, Liebes- und Volksliedern. Auch Afrikapower und andere Unterhaltung, die die Welt verbessern könnte, ist zu hören.

2002, 2008, 2013 und 2018 hat der DGB-Chor zu Chörefestivals gegen Rechts mit vielfältiger Chormusik in Hannover eingeladen, im Gedenken an den Jahrestag der Reichs-Pogromnacht 1938.

Seit November 2020 finden unsere wöchentlichen Chorproben nur noch online mit zoom statt. Wir freuen uns darauf, dass wir bald wieder mit allen - jeden Montag ab 19.30 Uhr im Freizeithaus Linden - proben können.

Dann ist es auch wieder möglich, Jubiläumsaktivitäten zu planen und vorzubereiten. Dann freuen wir uns auch über (Auftritts-) Einladungen, z. B. anderer Jubilare im Rahmen von „ 615 Jahre Linden jubelt...“.

Telefon: Manfred Wassmann

0175/4056209

website: www.dgb-chor-hannover.de

info@dgb-chor-hannover.de

Manfred Wassmann

„Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat“: VBRG und BMB veröffentlichen Ratgeber für Kommunalpolitik und -verwaltung

Morddrohungen per E-Mail, Facebook und Twitter oder als Graffiti an der Hauswand, rassistische und antisemitische Bedrohungen, zerschnittene Autoreifen: Viele kommunalpolitisch Engagierte und Mitarbeiter*innen in Verwaltungen erleben in der Pandemie eine Zuspitzung von rechten Angriffen und Drohungen. Auch in der Region von Braunschweig bis Göttingen und Hannover gibt es immer wieder Angriffe auf Parteibüros, Drohungen gegen kommunalpolitisch Aktive und Mitarbeitende der Verwaltungen. Artur Huhn von der Betroffenenberatung Südniedersachsen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beim Träger Asyl e.V.: „Der Ratgeber soll Betroffenen und Unterstützenden eine erste Orientierung im Umgang mit Bedrohungen und Angriffen bieten. Darüber hinaus bieten wir bedarfsorientierte Beratung für Betroffene in der Region an.“ Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) haben jetzt einen aktuellen 45-seitigen Ratgeber für kommunalpolitisch Engagierte veröffentlicht. Die Veröffentlichung richtet sich mit praktischen Handlungsmöglichkeiten sowohl an direkt Betroffene sowie deren Familien und Freund*innen als auch an Vorgesetzte und Verantwortungsträger*innen in Kommunen und demokratischen Parteien. „Demokratische Kultur im jeweiligen Gemeinwesen zu stärken geht einher mit einer klaren Positionierung gegen rechte, rassistische und antisemitische Angriffe auf kommunalpolitisch Aktive“, so Kristin Harney, Mitarbeiterin des Regionalbüro Süd der Mobilen Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie in Trägerschaft von WABE e.V. Der Ratgeber ist unter www.bundesverband-mobile-beratung.de sowie unter www.verband-brg.de als pdf-Datei abrufbar. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung unter: Betroffenenberatung Süd-Niedersachsen – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Südniedersachsen. Mobil: 0179 12 55 333; Mail: sued-nds@betroffenenberatung.de

Kristin Harney, Büroleitung Regionalbüro Süd

Stolpersteine in Hameln



Das Buch erinnert an 133 Schicksale von Menschen, die dem Terror der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind. Jeder Person widmet das Buch eine kurze Biographie und nach Möglichkeit ein Bild. Es berücksichtigt die Stolpersteine in Bad Pyrmont, Bad Münder mit Hachmühlen, Hameln und Salzhemmendorf. Hessisch Oldendorf und Hemeringen, wo in diesem Jahr Stolpersteine verlegt werden, sind ebenfalls vertreten. 550 Exemplare des Buches wurden in Gestalt von Klassensätzen kostenlos an die Schulen in der Stadt Hameln und im Landkreis Hameln-Pyrmont abgegeben.

Und eine weitere Information: Hameln wird eine Straße in einem Neubaugebiet nach Ingrid Friedheim benennen. Ingrid Friedheim wurde als uneheliches Kind einer Hamelner Jüdin im Alter von sieben Jahren nach Auschwitz deportiert. Für Ingrid Friedheim liegt in Hameln ein Stolperstein.

Bernhard Gelderblom: Stolpersteine in Hameln und im Landkreis Hameln-Pyrmont, Mitzkat-Verlag Holzminden, Ladenpreis 10 Euro

Bernd Gelderblom

Debatte

Deutsche Koloniale Vergangenheit und Rassismus – eine Rezension

Seit 1908 gibt es in dem beschaulichen Harzer Kurort Bad Lauterberg eine Wissmann-Straße und ein von Johannes Götz geschaffenes Wissmann-Denkmal am Kurpark. „Es erinnert an Hermann von Wissmann, einen deutschen Afrikaforscher, Militäranghörigen und Politiker der

Kolonialzeit. Dieser hielt sich während seiner Aufenthalte in Deutschland oft in der Kurstadt am Ausgang des Odertals auf, weil hier seine Mutter lebte“, heißt es auf der Website des online-Reiseführers *harzlife*. Man konzediert, dass dies nicht ganz „unumstritten“ sei, was mit seiner Tätigkeit als „Afrikaforscher im Dienst des belgischen Königs Leopold II. und als Reichskommissar der Kolonie Deutsch-Ostafrika“ zu tun haben könne.



Quelle Bild links: <https://www.harzlife.de/bilder/wissmann-denkmal-bad-lauterberg.html>

Bild rechts: <https://harzwoche.de/wissmann-verehrung-und-unkritische-kolonialismus-praesentation-im-kurpark-von-bad-lauterberg-eine-kleine-informationstafel-allein-ist-nicht-genueg/> Auf dem Granitblock zu Füßen des Denkmals steht in lateinischer und deutscher Sprache der Lieblingsspruch Wissmanns (frei nach Hannibal) „Ich finde oder ich mache mir einen Weg“. Auf dieser Website sind Kritik und Vorschläge zum Umgang mit diesem Denkmal formuliert.

Mit einiger Berechtigung wäre es möglich, an der lange Zeit weitgehend unbeanstandeten Existenz dieser Kolonialherrenverehrung im Harz den geschichtspolitischen Befund einer erinnerungskulturellen Blindheit gegenüber der deutschen Kolonialvergangenheit festzumachen. Und tatsächlich gibt es in einer Region, in der in den letzten zwei Jahrzehnten die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit im Fokus geschichtspolitischer Wirkens stand und steht, erst seit zwei Jahren energische Anstrengungen, dieses Denkmal zu einem Ort der Auseinandersetzung um reichsdeutschen Kolonialismus und Imperialismus umzuwidmen. Und damit auch über ein strukturelles Problem zu sprechen: den Rassismus. Denn: „Imperiale Ausdehnung und Kolonialherrschaft gehören zur Geschichte des Rassismus und ebenso haben diese historischen Herrschaftsformen immer noch Auswirkungen darauf, wie Rassismus heute funktioniert.“ Mit diesem Satz skizziert Mark Terkessidis das Programm seines nun in dritter Auflage erschienen Buches von 2019 über „koloniale Vergangenheit und Rassismus.“ Beim Lesen begegnet man/frau einem Buch zum Lernen und auch zur Auffrischung manch versunkenen Wissens über die Tatsache, dass das Deutsche Reich eine Kolonialmacht war, wie es im imperialen Ringen um seinen „Platz an der Sonne“ erobernd durch Weltteile marschierte und auch wie selbstverständlich geraubte Kulturgüter als koloniales Erbe in deutschen Museen verwahrt und ausgestellt werden. Kolonialismus war ein rassistischer Apparat, die als Selbstverständlichkeit praktizierte Überlegenheit der weißen Rasse ließ „das koloniale System der Unterdrückung als natürlich erscheinen.“ Eroberung, Unterdrückung, Widerstand und seine verbrecherische Bekämpfung wird an etlichen Beispielen aus der deutschen Kolonialgeschichte angerissen, bedeutende Protagonisten mit ihren Worten und Taten verhandelt.

Und, was der Rezensent an dem Buch hervorheben möchte: Entgegen dem allgemeinen Vorurteil beschränkte sich deutscher Kolonialismus, Imperialismus und entsprechender Rassismus nicht auf die Gebiete jenseits der atlantischen Salzwassergrenze. Deutscher Kolonialismus und Imperialismus war auf den Osten und Südosten des europäischen Kontinents

ausgerichtet. Das im Ersten Weltkrieg durch deutsche Truppen eroberte Baltikum etwa sollte unter Führung des Generals Ludendorff kolonialisiert werden, die „slawische“ Bevölkerung der preußisch/deutschen Zivilisation als Arbeitskräftereservoir dienen. Dieses Gebiet „Oberost“, mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk vom März 1918 um ein Vielfaches erweitert, bildete das zentrale Kolonisationsprojekt des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg. Südosteuropa und Griechenland waren in die Kolonisierungsvorhaben integriert. „Die Polen galten auch als ‚Naturvolk‘ aber als europäisches. ‚Sie starben‘ daher nicht notwendig bei Berührung mit der Kultur wie die ‚Indianer‘, sondern konnten im Rahmen der ‚Diffusion‘ des überlegenen deutschen Volkes gen Osten ganz einfach einverleibt werden.“ Dies Programm diente zudem als Teil einer Blaupause für eine europäische Wirtschaftsordnung, wie sie die Nationalsozialisten gewaltsam herstellen wollten: Vertreibung, Versklavung, Vernichtung der einheimischen Bevölkerung, Ansiedlung von volks- und reichsdeutschen Siedlern. Terkessidis verknüpft seine skizzenhafte Darstellung reichsdeutscher Kolonisierungsaktionen mit Hinweisen zu gegenwärtigen Debatten – forciert etwa durch Decolonize-Gruppen – über den zu verändernden Umgang mit dieser Vergangenheit. Dabei soll hier ein Gedanke hervorgehoben: Der tatsächliche deutsche Kolonialismus müsse in seiner gesamten Dimension gesehen werden. Wenn etwa eine „Kontextualisierung im Rassismus nur im Hinblick auf die ‚schwarzen Communities‘ stattfinde“, sich auf die Salzwassergrenze beschränke, Kolonialität ausschließlich in diesem Kontext betrachtet werde, drohe es ein „Sonderthema“ zu bleiben. Es müsse über das gesamte nationale Erbe nachgedacht werden und – anknüpfend an die Überlegungen von Edward Said – eine „kontrapunktive“ Sichtweise forciert werden, die der metropolitanen Geschichtserzählung den Kontrapunkt ihrer „eigenen Geschichtlichkeit und ihres Erbes“, nämlich die Geschichte der Anderen, der Beherrschten gegenüberstellt. Die im Haupttitel des Buches gestellte Frage „Wessen Erinnerung zählt?“ wird nicht beantwortet, kann und soll sie – wahrscheinlich – auch gar nicht. Das Buch sollte verstanden werden als kundiger Wegweiser zu vielen Fragen und Problemen zum Umgang mit Kolonialismus und Rassismus, die weiterer Klärung harren.

PS

Mark Terkessidis: Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute, Hamburg 2020, 22 €

Prof. Dr. Helmut Bley und die „Cancel Culture“ oder: Wie kann Kritik wahrgenommen werden und Auseinandersetzung stattfinden

Ende März rauschte es mal wieder im hannoverschen Blätterwald: „Cancel-Culture“ titelte etwa die HAZ. Es ging um den Auftakt einer rassismuskritischen Reihe im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus, die die Stadt verantwortete.

Erst einmal zu den Fakten:

Der Historiker und Afrikaexperte Prof. Dr. Helmut Bley wurde nach eigener Aussage eingeladen. Ursprünglich sollte er zum Thema „Kolonialgeschichte von Afrikanern und Afrikanerinnen her denken“ vortragen. Im Vorfeld fand ein Vorbereitungstreffen statt, an dem neben Prof. Bley die *Initiative für Diskriminierungssensibilität und Rassismuskritik* (IDiRa)

teilnahm. Die Initiative sollte sich nach dem genannten Vortrag Bleys mit einer Petition vorstellen und zur Diskussion einladen.

Im Anschluss an diese Beratung nahm die Initiative (wohlgermerkt intern verkündet) von einer gemeinsamen Veranstaltung Abstand, da man, so die Initiative in einer später (am 5.4.2021) auf Instagram (<https://www.instagram.com/p/CNRtJs-nzeD/>) verbreiteten Stellungnahme, nicht den Eindruck habe, dass Prof. Bley bereit sei, die eigene Position zu reflektieren und auch aus dieser Sicht zu arbeiten. Außerdem vermisste man einen wertschätzenden Umgang zwischen den Beteiligten. Nie habe man jedoch gefordert, die Veranstaltung abzusagen, der Stadt jedoch vorgeschlagen, bei diesem Thema mehr mit Initiativen Schwarzer Menschen zusammenzuarbeiten.

In seiner öffentlichen Erwiderung (<http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/diskussionsforum/>) widerspricht Bley implizit dem Ansinnen der Initiative und fordert dazu auf, seine Sicht als die wissenschaftliche, beruhend auf den philosophischen und wissenschaftstheoretischen Erkenntnissen seit der Aufklärung, zu akzeptieren. IDiRa hingegen würde nur auf Basis eines „Identitäts-Dogmas“ am Gespräch teilnehmen und seine Nichtberücksichtigung fordern.

Als Ergebnis dieses Vortreffens hat die Stadt selbst entschieden, diese Veranstaltung abzusagen, was die Initiative begrüßt. Bleys Ansicht nach hat hingegen „eine Referentin aus dem Oberbürgermeisterbüro die Einladung zum 18.3. mit Rücksicht auf grüne Extremistinnen blockiert“ (Man beachte die Genderung!). Aus diesem Vorgehen „Cancel-Culture“ herbeireden zu wollen, erschließt sich nicht.

Einordnung und Bewertung:

Ja, es hat sich einiges geändert: Marginalisierte Positionen, wie hier diese Schwarzer Menschen, verlangen inzwischen gehört zu werden und können dies einfordern. Das ist gut so und ein Ergebnis jahrelanger Kämpfe um Anerkennung und Gehör. Genauso kann und muss sogar verlangt werden, dass sich Wissenschaftler*innen selbst hinterfragen, dass die Erkenntnis, dass Wissenschaft immer auch gesellschaftlich eingebunden und geprägt ist, wahrgenommen wird und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden.

Ich habe in den letzten Monaten sehr viel über Rassismus gelernt - nämlich indem ich mich mit einigen Büchern der Schwarzen deutschen Frauenbewegung beschäftigt habe: „Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ (hg. von May Ayim, Katharina Oguntoye, Dagmar Schultz), „Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus“ (von Noah Sow) und den aktuellen Bestseller „exit RACISM: rassismuskritisch denken lernen“ (von Tupoka Ogette). Auch hatte ich die Möglichkeit, an einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe der DFG-VK zu Rassismus und Friedensarbeit per Webinar teilzunehmen, mit Schwarzen Referent*innen. Dies ergab eine Perspektive, die ich von einer weißen Person so nicht erfahren kann, einfach weil rassistisch funktionierende Strukturen für weiße Personen nicht sichtbar sind. Rassismus auf den offen sichtbaren rechtsradikalen Rassismus zu reduzieren reicht nicht aus. Eigenes rassistisches Handeln zu hinterfragen, scheint mir ein mindestens ebenso wichtiger Ankerpunkt zu sein. Die entsprechende Lektüre endlich zur Kenntnis zu nehmen wäre ein erster Schritt.

Was derzeit hingegen leider bei einigen sonst eigentlich Interessierten geschieht, ist, dass sie sich hinter Kampfbegriffen wie „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ verbergen und sich so einer Diskussion bisheriger dominanter gesellschaftlicher (also auch wissenschaftlicher) Vorannahmen entziehen. *Der Begriff „weiß“ steht übrigens, entsprechend der Definitionen von Rassismus – siehe etwa bei Noah Sow –, für eine im Kontext von Rassismus dominante Position, „Schwarz“ für eine marginalisierte Position – beide Begriffe stehen also nicht für vermeintlich essenzenzialisierbare Merkmale wie Hautfarbe o.ä.* Mit dem Verstecken hinter diesen Kampfbegriffen wird insbesondere Weißsein, aber auch Heterosexualität, als Norm gesetzt und nicht als Identität, wogegen Schwarze, feministische und/oder queere Positionen als „Identitätspolitiken“ aus der Debatte ausgeschlossen werden sollen. Schwarze, feministische und/oder queere Positionen seien „zu emotional“ und parteiisch, anstatt die Frage zu stellen: Warum gilt die von Diskriminierung betroffene Position/Person oft als „aggressiv“, als „nicht neutral“, als „nicht objektiv“ – die privilegierte Position hingegen als „neutral“ und „objektiv“? Analog ist es mit einer „Cancel Culture“: Marginalisierte Gruppen werden per se gecancelt, sie tauchen nämlich erst gar nicht auf, wohingegen Kritik an bisher nicht hinterfragten Positionen nichtmarginalisierte Personen gewiss nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden lassen. Ein Call out (was hier nicht einmal stattgefunden hat), also ein öffentliches Auseinandersetzen mit zu kritisierenden Personen und Positionen, ist eine der wenigen Optionen die marginalisierten Positionen bleiben, um von privilegierten, mächtigen Personen Verantwortung für ihr Handeln einzufordern. Das ist keine „Cancel Culture“, sondern ein Zurückgewinnen zumindest eines kleinen Stücks öffentlicher Debatte. Hingegen wird mit dem Vorwurf der „Cancel Culture“ die geäußerte Kritik unsichtbar gemacht und entzieht sich die privilegierte Seite der Debatte. Damit wird die inhaltliche Kritik unsichtbar. Hinzu kommt noch: Mit der Kennzeichnung der Kritik als „radikal“, „extremistisch“ oder „absolutär“ wird diese zudem in eine Ecke geschoben und weiter marginalisiert. Auch dieses Vorgehen hat Methode, wie wir selber auch aus langjähriger Erfahrung (beispielsweise in der Erinnerungskultur) wissen.

Was passiert nun? Von öffentlicher Seite, sei es Presse oder die regionale CDU, wird über „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ fabuliert. Sie nutzen dafür den Stadtrat, größere Tageszeitungen – eben die Mittel, die privilegierte Positionen so haben. Die geübte Kritik bleibt wieder einmal auf der Strecke, dabei wäre hier doch eine Auseinandersetzung so wertvoll!

Ralf Buchterkirchen

Gedenken im Täterland

Ich bin deutsch. Nicht weil ich das will. Sondern weil es leider so ist. Vielleicht bin ich weniger deutsch als andere Deutsche, weil ich einen (britischen) Migrationshintergrund habe. Aber zumindest die Hälfte meiner Familie lebt schon seit mindestens über 300 Jahren in dem geografischen Gebiet, dass sich heute Deutschland schimpft.

Ich will es nicht sein. Als jemand, der politisch links steht ist das natürlich nicht weiter überraschend. Mein Urgroßonkel war in der SS. Nach einem Gartenbaustudium in Hannover, ist er zum Politikstudium nach Berlin gegangen. Vermutlich ist er dort in die SS eingetreten. Er ist

aus Stalingrad nicht zurückgekehrt, vermutlich in den Gefechten mit der sowjetischen Armee getötet. Ein angeheirateter Onkel war in der Verwaltung des Generalgouvernements, der von den Deutschen besetzten polnischen Gebiete, tätig. Mein Urgroßvater war ab 1939 in der Wehrmacht und war neben dem ersten Russlandfeldzug in einem Logistikbatallion auch in Norwegen und Polen im Einsatz. Er geriet am Ende des Krieges kurzzeitig in britische Gefangenschaft und kehrte dann in seinen Job in der hannoverschen Stadtverwaltung zurück. Anfang 1946 war er Teil des Entnazifizierungsausschusses. Biografien, wie sie offensichtlich die Regel als die Ausnahme waren. Meine Oma war sechs, als der Krieg endete. Mit ihr konnte ich über diesen Teil der Familiengeschichte reden. Mein Großvater ist 1945 als Waise in ein Kinderdorf in der Schweiz gekommen. Auch wenn meine deutsche Teilfamilie spätestens seit der Generation meiner Großeltern eher zuerst im sozialliberalen, dann im sozialdemokratischen Lager selbstverortet ist, gehöre ich also zumindest zur Hälfte zum deutschen „Tätervolk“, ob ich es will oder nicht. Dabei ist der Kontrast zu meiner britischen Teilfamilie, die quasi die alliierte Siegerperspektive weiterträgt bemerkenswert.

Viele deutsche Linke gehören zum „Tätervolk“. Aber wenige reflektieren ihr eigene Familiengeschichte. Oder gestehen sich ein, dass sie faktisch zum deutschen Täterkollektiv gehören, also zu denjenigen, die Täter als Vorfahren haben. Selbst jene Linke, die über ein ausgeprägtes Wissen über die deutsche Vergangenheit verfügen und es eigentlich besser wissen müssten, gelingt es oft nicht, die Verbindung zur eigenen Familie herzustellen. Damit geht die deutsche Linke Gefahr, den Fehler des entleerten staatstragenden Gedenkens in Dauerschleife zu wiederholen. Die drohende Selbst-Exkulpation aus dem deutschen Täterkollektiv, trägt dazu bei, dass nicht nur in der deutschen Dominanzkultur sondern auch der deutschen Linken die spezifisch deutsche Vergangenheit und ihre Familiengeschichte eben nicht kritisch reflektiert, sondern vielmehr negiert wird. Dies wirkt auch manifestierend für den deutschen Opfermythos, der keinen linken Widerspruch erfährt, sofern sich nicht von der deutschen Dominanzkultur losgesagt wird. Doch Vorsicht, sich loszusagen heißt nicht automatisch seine eigene Vergangenheit, Familiengeschichte etc. auszublenden. Sich zu seiner Familiengeschichte zu verhalten, fordere ich hiermit ein. Denn dies ist auch ein Baustein eines anderen Gedenkens, einer Gegengedenkkultur zur ritualisierten deutschen Gedenkpraxis. Man kann sich nicht davon losmachen oder gar (meist fälschlicherweise) moralisch erheben, wenn man sich nicht mit dem deutschen Täterkollektiv und der Rolle der eigenen Vorfahren auseinandersetzt. Ob dies nun in Form von Gesprächen auf individueller Ebene am heimischen Mittagstisch mit den Großeltern, einer eigenen oder sogar professionellen Ahnenforschung oder – auf gesellschaftlicher Ebene – einer wissenschaftlichen Täterforschung und einem breiten öffentlichen Diskurs geschieht. Jedenfalls muss sich die deutsche Linke (und im besten Fall nicht nur diese) ernsthafter mit den Tätern beschäftigen, sofern sie denn wirklich das Ziel hat, die nie wirklich überwundene Barbarei, die Tendenz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu einem neuen Faschismus zu überwinden. Die Beschäftigung mit den Tätern der Shoah zeigt, was in der deutschen Gedenkpraxis bisher vernachlässigt wurde: Motive und Beweggründe der Täter. Die individuellen und strukturellen Rahmenbedingungen der Shoah sind bisher zu wenig in die Gedenkpraxis eingeflossen. Zusammenhänge von Kapitalismus und Faschismus bleiben so weiter im Verborgenen. Die Ursprünge der Barbarei bleiben unbeleuchtet. Damit bleibt auch eine wahrhaft menschliche

Gesellschaft außerhalb unserer Reichweite. Eine Opferfixierung, wie in der bisherigen deutschen Gedenkkultur, wird nicht nur den Anforderungen an ein modernes Gedenken nicht gerecht. Auch den Opfern, Überlebenden und Nachfahren tut eine solche Verengung unrecht. Denn so wird der ideologische höchst gewaltsame und damit auch heute gefährliche Kern des Nationalsozialismus nicht verstanden. Das Gedenken bleibt damit eine staatstragende affirmative Handlung, keine (kollektive) Reflektionsleistung. Im deutschen Gedenken bleiben die Opfer und Überlebenden im übertragenen Sinne oft weiterhin Objekt der Nazis. Ihnen wird keine Eigenständigkeit zugestanden, oder vielmehr: diese Eigenständigkeit wird ihnen oft sogar aktiv abgesprochen. In dieser Denke ist kein Widerstand gegen den Nationalsozialismus möglich. Wenn es im deutschen Gedenken um Widerstand geht, dann nicht um den jüdischen, sondern um den deutschen Widerstand aus bürgerlichen Militärkreisen, der sowohl von Deutschen Bundespräsidenten als auch HollywoodStreifen heroisiert wird. Juden bleiben im deutschen Gedenken in ihrer Opferrolle. Nicht umsonsterinnern die beiden deutschen Gedenktage, der 27. Januar und der 9. November, an Ereignisse, wo Juden Opfer waren (und mit der offiziellen Ritualisierung in der Gegenwart auch bleiben). Der YomHaShoah in Israel dagegen ist auf den Tag des Warschauer Ghettoaufstandes gelegt und nicht nur Gedenktag an die Shoah sondern auch an das Heldentum.

Selbstkritisch muss sich die deutsche Linke auch mit ihrer eigenen Rolle im (um mit Y. Michal Bodemann und Max Czollek zu sprechen) deutschen Gedächtnistheater beschäftigen. Am Beispiel des 8. Mai (in Russland und Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist es der 9. Mai), der in linken Zusammenhängen oft als „Tag der Befreiung“ und Sieg über Nazideutschland gefeiert wird, zeigt sich, wie von der deutschen Linken (und die die es sein wollen) ein Siegenarrativ genutzt wird, um sich auf die moralisch „richtige“ Seite zu stellen. Geboren ward der deutsche Opfermythos. Dabei waren es oft auch Vorfahren auch vieler heutiger Linker und selbsternannter Linker, die damals vom Mitläufer bis Haupttäter an der NS-Gewalt beteiligt waren und damit eben nicht gesiegt haben. Diese (biografische) Diskrepanz zwischen heute und früher führt dazu, dass es im deutschen Täterkollektiv einfacher wird, sich als Sieger darzustellen und sich in der internationalen Staatengemeinschaft in ein gutes Licht zu rücken, obwohl das mit Blick auf die Re-Integration der Nazis nach 1945 in die bundesdeutsche (ähnlich auch in der DDR) Gesellschaft und die (eher nicht) geleistete sogenannte Entschädigung (obgleich die Shoah ja nun wirklich schwerlich entschädigt werden kann) höchst unangebracht erscheint. Einfacher wird das vor Allem auch für jene, die sich auch in der Gegenwart nicht mit Ruhm bekleckern wenn es um eine Reflektion der Geschichte geht.

So kann der 8. Mai im eigentlichen Sinne – als Tag des Sieges über Nazideutschland – also auch als Tag des Sieges über die von den Nazis proklamierte und einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung jubelnd begrüßte „deutsche Volksgemeinschaft“ durch die Alliierten nicht ernsthaft in Deutschland gefeiert werden. Hierzulande bleibt es ein Tag, der den deutschen Opfermythos gar noch verstärkt. Schließlich gibt es in fast jeder deutschen Familie eine Tätervergangenheit. Auch die deutsche Linke sollte anerkennen, dass sie, ob sie es will oder nicht, ein Teil der deutschen Realität ist. Sich hieraus zu befreien ist erst durch die endlich zu erkämpfende Überwindung der Barbarei möglich.

Nicht zuletzt bleibt der viel beschworene Gegenwartsbezug zu kritisieren. Juckt es doch vielen in den Fingern, noch einen dieser hinkenden historischen Vergleiche in die Welt

hinauszuschrei(b)en und damit dem Gedächtnistheater noch eine gehörige Portion verkürzte Pseudohistorisierung beizumischen. Ein wissenschaftlicher Vergleich als Methode benennt auch die Unterschiede, selten wird dies jedoch in politischen Debatten oder Redebeiträgen im Rahmen der großen Rituale der deutschen Gedenkpraxis getan. Gegenwartsbezug darf also nicht platte Parallelisierung heißen. Er darf sich auch nicht in Floskeln wie dem berühmten und oft falsch zitierten „Nie Wieder!“ verlieren.

Gegenwartsbezug muss heißen, eine grundlegende Gesellschaftskritik zu formulieren, deutsche Zustände und Kontinuitäten aufzuzeigen und anzumahnen. Gegenwartsbezug in einer neuen Gedenkkultur heißt, Antisemitismus, Rassismus und andere Diskriminierungsformen entschieden zu bekämpfen. Ob die Morde des NSU, die anhaltenden und zunehmenden antisemitischen Übergriffe oder die Anschläge von Halle und Hanau, dies sind nur die Spitzen des schwarz-rotgoldenen Eisbergs.

Wie also weiter mit dem Gedenken im Land der selbsternannten Erinnerungsweltmeister? Wir wären gut beraten, unsere Gedenkpraxis im Sinne der vorangegangenen Ausführungen zu überdenken. Das sind wir nicht nur den Opfern und Überlebenden der Naziverbrechen schuldig. Auch allen Opfern rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt seitdem sind wir es schuldig. Und zuallererst sollten Deutsche aufhören, sich selbst als Opfer zu stilisieren und damit das Andenken an die wirklichen Opfer der Shoah zu besudeln

Liam Harrold

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins.

In Covid-19 Zeiten erscheint zum Ende der geraden Monate ein **Newsletter EXTRA** nur mit Veranstaltungsankündigungen. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 25. Mai 2021.**

Redaktionsschluss des nächsten regulären Newsletters ist der 26. Juli 2021.

Redaktionsschluss des nächsten Newsletter EXTRA ist der 28. Juni 2021.

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122; erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

